

Philosophische Bibliothek · BoD

David Hume

Politische und ökonomische
Essays

Teilband 2





DAVID HUME

Politische und ökonomische Essays

Übersetzt von Susanne Fischer

Mit einer Einleitung herausgegeben von

Udo Bermbach

Teilband 2

FELIX MEINER VERLAG
HAMBURG

PHILOSOPHISCHE BIBLIOTHEK BAND 405b

Im Digitaldruck »on demand« hergestelltes, inhaltlich mit der ursprünglichen Ausgabe identisches Exemplar. Wir bitten um Verständnis für unvermeidliche Abweichungen in der Ausstattung, die der Einzelfertigung geschuldet sind. Weitere Informationen unter: www.meiner.de/bod

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://portal.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7873-0773-9

ISBN eBook: 978-3-7873-2628-0

© Felix Meiner Verlag GmbH, Hamburg 1988. Alle Rechte vorbehalten. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übertragungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, soweit es nicht §§ 53 und 54 URG ausdrücklich gestatten. Gesamtherstellung: BoD, Norderstedt. Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Printed in Germany. www.meiner.de

INHALT

Teilband 2 (PhB 405b)

DAVID HUME: POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE ESSAYS

David Hume

Über Handel	175
Über Verfeinerung in den Künsten	191
Über Geld	205
Über Zinsen	219
Über die Handelsbilanz	232
Über den Argwohn im Handel	251
Über das Machtgleichgewicht	255
Über Steuern	266
Über Staatskredit	273
Über einige bemerkenswerte Traditionen	291
Über den ursprünglichen Vertrag	301
Über passiven Gehorsam	325
Über die Parteienkoalition	329
Die Idee einer vollkommenen Republik	339
Namenregister	359
Sachregister	363

Angaben zum Teilband 1 (PhB 405a) siehe Rückseite

Teilband 1 (PhB 405a)

Einleitung, von Udo Bermbach	VII
Die Ausgaben der ›Essays‹, Von Udo Bermbach	XLVII
Vorbemerkung zur Übersetzung, Von Susanne Fischer	LV
Literaturverzeichnis	LVII

David Hume

Über die Pressefreiheit	1
Daß Politik sich auf eine Wissenschaft reduzieren lasse	7
Über die ursprünglichen Prinzipien der Regierung	25
Über den Ursprung der Regierung	31
Über die Unabhängigkeit des Parlaments	36
Zur Frage, ob die britische Regierung mehr zu absoluter Monarchie oder zu einer Republik tendiert	44
Über Parteien im allgemeinen	51
Über die Parteien in Großbritannien	61
Über Aberglaube und Enthusiasmus	77
Über Würde und Gemeinheit der menschlichen Natur ...	86
Über bürgerliche Freiheit	94
Über Redekunst	106
Über Aufstieg und Fortschritt der Künste und Wissenschaften	122
Über nationale Charaktere	154

DAVID HUME

POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE
ESSAYS

Teilband 2

Über Handel

Der größte Teil der Menschheit läßt sich in zwei Klassen unterteilen, nämlich oberflächlich Denkende, die der Wahrheit hinterher hinken und verworren Denkende, die darüber hinausgehen. Letztere sind mit Abstand die seltensten, und ich darf vielleicht hinzufügen, auch bei weitem die nützlichsten und wertvollsten. Sie geben zumindest Hinweise und werfen Probleme auf. Vielleicht mangelt es ihnen an Geschick, diese Probleme weiterzuverfolgen, doch können große Entdeckungen daraus hervorgehen, wenn Männer einer angemessenen Denkungsart sich damit beschäftigen. Im schlimmsten Fall sind ihre Aussagen unverständlich und wenn es auch einige Mühe kostet, sie zu verstehen, so hat man gleichwohl das Vergnügen, etwas Neues gehört zu haben. Ein Autor wird wenig geschätzt, wenn er uns nur erzählt, was wir auch in jeder Kaffeehausunterhaltung erfahren können.

Alle oberflächlich Denkenden verleumden gerne auch diejenigen mit fundierten Kenntnissen als verworren Denkende, als Metaphysiker und Grübler, und halten nichts für berechtigt, das über ihr eigenes geringes Verständnis hinausgeht. Ich gestehe, daß es Fälle gibt, in denen außerordentliche Grübeleien in den starken Verdacht gerät, falsch zu sein und in denen man nur einer naturgemäßen und einfachen Argumentation vertrauen sollte. Wenn ein Mann über sein Verhalten in einer besonderen Angelegenheit nachdenkt und Pläne zu Politik, Handel, Wirtschaft oder irgendeinem Vorhaben im Leben macht, sollten seine Argumente nie spitzfindig werden oder eine allzu lange Kette von Folgerungen aneinanderreihen. Mit Sicherheit wird etwas geschehen, das diese Argumentation durcheinander bringt und zu einem völlig anderen Ergebnis führt, als er erwartet hatte. Wenn wir jedoch zu allgemeinen Themen argumentieren, so läßt sich mit Recht behaupten, daß unsere Spekulationen kaum jemals zu fein sein können, sofern sie berechtigt sind, und daß der Unterschied zwischen einem einfachen und einem genialen Mann in

erster Linie an der Oberflächlichkeit oder der Tiefsinnigkeit der Prinzipien sichtbar wird, auf die sie sich stützen. Allgemeine Argumentationen erscheinen schon deshalb kompliziert, weil sie allgemein sind. Zudem ist es für den überwiegenden Teil der Menschheit nicht einfach, in einer großen Zahl von Einzelfällen jenen allgemeinen Faktor zu bestimmen, in dem sie alle übereinstimmen und diesen rein und unvermischt von den anderen, überflüssigen Faktoren zu trennen. Jedes Urteil und jede Schlußfolgerung ist bei ihnen ein Einzelfall. Sie können ihr Blickfeld nicht auf jene allgemeinen Lehrsätzen erweitern, der eine unendliche Zahl von Individuen folgen, und die eine ganze Wissenschaft in einem einzigen Theorem zusammenfassen. Ihr Auge wird durch eine so weitreichende Aussicht verwirrt, und die Schlüsse, die daraus gezogen werden, erscheinen ihnen kompliziert und unklar. Allgemeine Prinzipien mögen zwar sehr kompliziert erscheinen, doch werden sie sich, sofern sie berechtigt und fundiert sind, mit Sicherheit im allgemeinen Lauf der Dinge durchsetzen, auch wenn sie in einzelnen Fällen versagen, und es ist ja die Hauptaufgabe der Philosophen, den allgemeinen Lauf der Dinge zu beobachten. Ich darf hinzufügen, daß dies auch die Hauptaufgabe von Politikern ist, vor allen Dingen in der Innenpolitik des Staates. Dort ist das öffentliche Wohl ihr Ziel oder sollte es zumindest sein, und das ist abhängig vom Zusammenreffen einer Vielzahl von Faktoren und nicht – wie in der Außenpolitik – von Zufällen oder Glücksfällen und den Launen einiger Weniger. Daher rührt also der Unterschied zwischen besonderen Überlegungen und allgemeiner Argumentation, und das läßt Spitzfindigkeiten und Grübelei bei letzterer viel eher angebracht sein als bei der zuvor genannten.

Ich hielt diese Einleitung für nötig, bevor ich zu den folgenden Abhandlungen¹ über Handel, Geld, Zinsen, Handelsbilanz etc. übergehe, in denen vielleicht einige ungewöhnliche Prinzipien vorkommen, die zu raffiniert und spitzfindig für ein solch gewöhnliches Thema erscheinen könnten. Sind sie falsch, so sollte

¹ *Ausgaben H-M*: »Abhandlungen über Handel, Luxus, Geld, Zinsen, etc. . . .

man sie verwerfen, doch niemand sollte ein Vorurteil gegen sie hegen, nur weil sie nicht der allgemeinen Tendenz entsprechen.

Die Größe eines Staates und das Glück seiner Untertanen mögen zwar in mancher Hinsicht unabhängig voneinander sein, doch sie gelten in Hinsicht auf Handel im allgemeinen als untrennbar. Für ihr Gewerbe und ihren Reichtum genießen Privatleute durch die Macht des Gemeinwesens größere Sicherheit, so daß diese Macht im Verhältnis zur Ausdehnung des Handels von Privatleuten steigt. Diese Maxime ist im allgemeinen richtig, doch ich kann nicht umhin anzunehmen, daß sie möglicherweise Ausnahmen zuläßt und daß wir sie häufig zu unbedacht und zu unumschränkt aufstellen. Unter bestimmten Umständen können Handel, Reichtum und Luxus von Individuen nicht etwa das Gemeinwesen stärken, sondern vielmehr dessen Armeen schwächen und dessen Autorität unter den benachbarten Nationen schmälern. Der Mensch ist ein sehr flexibles Wesen und für viele verschiedene Meinungen, Prinzipien und Verhaltensregeln empfänglich. Was wahr sein mag, solange er Anhänger der einen Denkungsort ist, wird er falsch finden, sobald er entgegengesetzte Systeme von Sitten und Meinungen angenommen hat.

Der größte Teil jedes Staates läßt sich in Bauern und Handwerker unterteilen. Die erstgenannten sind mit der Kultivierung des Bodens beschäftigt und liefern die Materialien, die letztere zu all jenen Waren verarbeiten, die für das menschliche Leben unerlässlich sind oder die es angenehm machen. Sobald die Menschen ihr primitives Dasein aufgeben, in dem sie vornehmlich von Jagd und Fischfang lebten, fallen sie zwangsläufig in diese beiden Klassen, obwohl der größte Teil der Gesellschaft zunächst in den Künsten der Landwirtschaft beschäftigt ist.² Zeit

² In seinem politischen Essay zum Handel behauptet Ms. Melon [Jean-Francois Melon (1675–1738/9), *Essai politique sur le commerce*, 1734.], daß die Bevölkerung Frankreichs zu 80% aus Bauern und Landarbeitern, 10% Handwerkern, 5% Angehörigen der Jurisdiktion, der Kirche und des Militärs und weiteren 5% Kaufleuten, Finanziers und

und Erfahrung verbessern diese Künste so stark, daß der Boden leicht eine viel größere Zahl von Menschen ernähren kann, als diejenigen, die direkt mit seiner Kultivierung beschäftigt sind oder diejenigen, die für diese Beschäftigten die notwendigsten Waren liefern.

Diese überschüssigen Hände könnten sich den schöneren Künsten widmen, die man im allgemeinen die luxuriösen Künste nennt und damit zum Glück des Staates beitragen, indem sie vielen die Möglichkeit zu Vergnügen bieten, die ihnen sonst unbekannt geblieben wären. Könnte nicht dennoch ein anderer Plan für die Beschäftigung dieser überschüssigen Hände unterbreitet werden? Könnte nicht der Souverän sie beanspruchen, um sie in Flotten und Armeen zu beschäftigen und so die Kolonien des Staates in Übersee zu vergrößern und dessen Ruhm in entfernten Nationen zu verbreiten? Je weniger Wünsche und Bedürfnisse die Grundeigentümer und Bauern haben, desto weniger Hände werden sie sicherlich beschäftigen, folglich werden die Überschüsse des Landes nicht Händler und Handwerker unterhalten, sondern Flotten und Armeen in viel größerem Ausmaß unterstützen, als dies möglich wäre, wenn der Luxus einzelner Personen nur durch sehr viele Künste befriedigt werden könnte. Darin also scheint eine Art Gegensatz zwischen der Größe eines Staates und dem Glück des Untertanen zu bestehen. Ein Staat ist dann am größten, wenn alle überschüssigen Arbeitskräfte im Dienst der Öffentlichkeit beschäftigt sind. Behaglichkeit und Bequemlichkeit von Privatpersonen machen die Beschäftigung dieser Hände in deren Dienst erforderlich. So kann das eine nur auf Kosten des anderen geschehen. So wie der Ehrgeiz des Souveräns den Luxus einzelner beeinträchtigt, wird der Luxus einzelner die Kraft des Souveräns schwächen und seinen Ehrgeiz zügeln.

Großbürgern bestehe. Diese Berechnung ist mit Sicherheit völlig falsch. In Frankreich, England und wohl den meisten Teilen Europas lebt die Hälfte der Einwohner in Städten. Auch die Landbevölkerung besteht zu mehr als einem Drittel aus Handwerkern.

Diese Argumentation ist auch nicht nur schimärisch, sondern gründet auf Geschichte und Erfahrung. Die Republik von Sparta war sicherlich mächtiger als jeder Staat mit der gleichen Anzahl von Menschen in der heutigen Welt, und dies ist einzig und allein auf das Fehlen von Handel und Luxus zurückzuführen. Die Heloten waren die Arbeiter, die Spartaner die Soldaten oder Gentlemen. Die Arbeit der Heloten hätte so viele Spartaner offensichtlich nicht unterhalten können, wenn diese behaglich und angenehm gelebt und viele verschiedene Händler und Handwerker beschäftigt hätten. Die gleiche Politik läßt sich in Rom beobachten. Tatsächlich ist in der gesamten antiken Geschichte festzustellen, daß die kleinsten Republiken größere Armeen aufgestellt und unterhalten haben, als Staaten mit der dreifachen Anzahl von Einwohnern heutzutage halten können. Man hat errechnet, daß in allen europäischen Nationen das Verhältnis von Soldaten zu Einwohnern 1 : 100 nicht übersteigt. Dennoch lesen wir, daß allein die Stadt Rom mit ihrem kleinen Gebiet in frühen Zeiten zehn Legionen gegen die Latiner aufstellte und unterhielt. Athen, dessen Kolonien insgesamt nicht größer waren als York-shire, entsandte zum Feldzug gegen Sizilien fast vierzigtausend Mann.³ Man sagt, daß Dionysios der Ältere ein stehendes Heer von einhunderttausend Fußsoldaten und zehntausend Reitern neben einer großen Flotte von vierhundert Schiffen unterhielt⁴, obwohl sein Gebiet nicht mehr als die Stadt Syracus, etwa ein Drittel der Insel Sizilien, einige Hafenstädte und Garnisonen an den Küsten Italiens und Illyriens umfaßte. Es trifft zu, daß die Armeen der Antike in Kriegszeiten viel von Plünderereien lebten,

³ Thukydides, 7. Buch, 75. [Thukydides (460/455–400 v. Chr.), Historiker des peloponnesischen Krieges – zwischen Athen und Sparta (431–404) – und Begründer einer politisch-wissenschaftlichen Geschichtsschreibung.]

⁴ Diodorus Siculus, 2. Buch, 5. Kap. Ich behaupte, daß dieser Bericht etwas verdächtig ist, um nichts schlimmeres zu sagen, und dies in erster Linie, weil diese Armee nicht aus Bürgern bestand, sondern aus Söldnertruppen. [Diodoros aus Agyrion (Sizilien), lebte zur Zeit Caesars; schrieb eine Universalgeschichte in 40 Bänden von der Entstehung der Welt bis zur römischen Eroberung Britanniens (54 v. Chr.)]

doch der Feind plünderte seinerseits ja auch! Diese Art, Steuern zu erheben, ist ruinöser als jede andere, die erdacht werden könnte. Kurz gesagt, läßt sich neben dem Fehlen von Handel und Luxus kein weiterer einleuchtender Grund für die Überlegenheit der antiken Staaten gegenüber den modernen finden. Durch die Arbeit der Bauern wurden wenige Handwerker unterhalten, und deshalb konnten mehr Soldaten davon leben. Livius behauptet, daß Rom zu seinen Lebzeiten Schwierigkeiten gehabt hätte, eine Armee von der gleichen Größe wie jene aufzustellen, die sie in ihren Anfängen gegen die Gallier und die Latiner entsandt hatte.⁵ An die Stelle der Soldaten, die zu Zeiten des Camillus⁶ für Freiheit und Kaiserreich gekämpft hatten, traten in den Tagen des Augustus Musiker, Maler, Köche, Schauspieler und Schneider. Wenn der Boden in beiden Perioden auf die gleiche Art kultiviert wurde, so konnte er mit Sicherheit die gleiche Anzahl von Menschen in dem einen Beruf ebenso wie in dem anderen ernähren. Beide trugen – in der späteren Periode mehr noch als in der früheren – nichts zu den reinen Lebensnotwendigkeiten bei.

In dieser Situation drängt sich die Frage auf, ob Souveräne nicht zu den Maximen der antiken Politik zurückkehren und in dieser Hinsicht ihr eigenes Interesse mehr beachten sollten als das Glück ihrer Untertanen? Meine Antwort darauf lautet, daß mir dies beinahe unmöglich erscheint, und zwar weil die antike Politik grausam war und dem eher natürlichen und gewöhnlichen Lauf der Dinge widersprach. Es ist hinreichend bekannt, mit welch eigenartigen Gesetzen Sparta regiert wurde, und wer die menschliche Natur danach beurteilt, wie sie sich in anderen Nationen und zu anderen Zeiten dargestellt hat, muß diese Republik für ein wahres Wunder halten. Wäre das Zeugnis

⁵ Bei Titus Livius, 7. Buch, 25. Kapitel heißt es: »Adeo in quae laboramus sola crevimus, divitias luxuriemque.« [»So sehr sind wir nur in den Dingen gewachsen, an denen wir kranken, im Reichtum nämlich und Luxus.« Übersetzung zitiert nach: Titus Livius, Römische Geschichte seit Gründung der Stadt, 2. Band, Berlin/Weimar 1978, hier S. 108.]

⁶ [Marcus Furius Camillus, geb. 365 v. Chr., röm. Konsulartribun und Diktator.]

der Geschichte nicht so eindeutig und detailliert, so erschiene eine solche Regierung als bloße philosophische Grille und Utopie, die niemals verwirklicht werden könnte. Obwohl die römische und andere Republiken der Antike auf etwas naturgemäßerem Prinzipien beruhten, war doch ein außerordentliches Zusammentreffen von Umständen nötig, damit sie sich solch schweren Belastungen unterwarfen. Sie waren freie Staaten, sie waren klein, und in jenen kriegerischen Zeiten waren all ihre Nachbarn ständig kampfbereit. Freiheit belebt vor allem in kleinen Staaten von Natur aus den Gemeinsinn. Dieser Gemeinsinn oder *amor patriae* wird zunehmen, wenn die Öffentlichkeit fast ständig in Alarmbereitschaft ist und die Männer zu seiner Verteidigung jederzeit den größten Gefahren ausgesetzt sein können. Eine ständige Folge von Kriegen macht jeden Bürger zum Soldaten, denn jeder zieht irgendwann ins Feld und sorgt während seines Dienstes hauptsächlich selbst für seinen Unterhalt. Tatsächlich ist dieser Dienst mit einer hohen Steuer zu vergleichen, doch ein kriegerisches Volk empfindet dies weniger, denn es kämpft mehr für Ehre und Vergeltung als für Geld, und kennt Gewerbe und Profit ebensowenig wie Vergnügen.⁷ Hinzu

⁷ Die Römer der früheren Zeiten lagen ständig mit all ihren Nachbarn im Kriege, und im alten Latein bedeutet der Begriff ›hostis‹ zugleich ›Fremder‹ und ›Feind‹. Cicero bemerkt dies, doch er schreibt es der Menschlichkeit seiner Vorfahren zu, die die Benennung des Feindes dadurch soweit wie möglich abschwächten, daß sie ihm eine Bezeichnung gaben, die ›Fremder‹ bedeutete. Vom rechten Handeln, 1. Buch, 12. Gemäß der Sitten jener Zeit ist jedoch wahrscheinlicher, daß dieses Volk wegen seiner großen Streitlust alle Fremden als Feind betrachtete und sie beim selben Namen nannte. Es wäre auch mit den allgemeinsten Maximen der Politik oder der Natur nicht vereinbar, wenn ein Staat seine Feinde mit freundlichen Augen betrachten oder solche Gefühle für sie hegen würde, wie der römische Redner seinen Vorfahren zuschreiben möchte. Hinzu kommt, daß die Römer der früheren Zeiten tatsächlich Piraterie trieben, wie aus ihren ersten Verträgen mit Karthago ersichtlich ist, die im dritten Buch des Polybios enthalten sind. Folglich lagen sie wie die Piraten von Tunis und Algier tatsächlich mit den meisten Nationen im Krieg, so daß ein Fremder und ein Feind für sie beinah das Gleiche waren.

kommt, daß die Vermögen der Einwohner in den Republiken der Antike weitgehend gleich hoch waren. Dort gehörte jedes Feld einem anderen Besitzer und konnte eine Familie ernähren. Damit stieg die Zahl der Einwohner auch ohne Handel und Handwerk bedeutend.

Das Fehlen von Handel und Handwerk mag zwar bei einem freien und sehr kriegerischen Volk vielleicht manchmal keinen anderen Effekt haben als das Gemeinwesen mächtiger zu machen, doch im normalen Gang menschlicher Angelegenheiten wird es mit Sicherheit eine völlig gegenteilige Wirkung haben. Ein Souverän muß die Menschheit akzeptieren, wie er sie vorfindet und kann keine gewaltsamen Veränderungen in ihren Prinzipien und Denkweisen vornehmen. Erst nach langer Zeit und nach den verschiedensten Zufällen und Ereignissen können jene großen Revolutionen erfolgen, die den menschlichen Angelegenheiten so verschiedenartige Gestalt geben. Ein Gesetzgeber wird umso mehr Schwierigkeiten bei der Durchsetzung und Kultivierung eines Systems von Prinzipien haben, auf dem eine bestimmte Gesellschaft beruht, je weniger naturgemäß diese Prinzipien sind. Seine Politik sollte am besten darin bestehen, sich den allgemeinen Neigungen der Menschheit anzupassen und ihr alle Verbesserungen angedeihen lassen, für die sie empfänglich ist. Dem natürlichsten Lauf der Dinge entsprechend steigern Gewerbe, Künste und Handel die Macht des Souveräns ebenso wie das Glück der Untertanen und Politik ist dann gewaltsam, wenn damit das Gemeinwesen durch die Armut Einzelner gefördert wird. Dies wird aus einigen Überlegungen ganz deutlich, die uns die Folgen von Faulheit und Barbarei vor Augen führen werden.

Wo Handwerk und mechanische Künste nicht gepflegt werden, muß sich der größte Teil der Menschen der Landwirtschaft widmen. Wenn deren Geschick und Fleiß zunehmen, muß aus ihrer Arbeit ein großer Überschuß entstehen, der über das hinausgeht, was zu ihrem Unterhalt genügt. Sie sind daher nicht versucht, ihr Geschick und ihren Fleiß zu vergrößern, denn sie können diesen Überfluß nicht gegen Waren eintauschen, die ihrem Vergnügen oder aber ihrer Eitelkeit dienlich sein könnten.

Die Gewohnheit des Müßiggangs nimmt zwangsläufig überhand. Der größte Teil des Bodens wird nicht kultiviert. Was kultiviert wird, erbringt aus Mangel an Geschick und Sorgfalt bei den Bauern nicht den größtmöglichen Ertrag. Wenn das Gemeinwesen irgendwann in eine Notlage geriete und eine große Anzahl von Menschen in seinem Dienst beschäftigt werden müßte, so wären keine Überschüsse aus der Arbeit vorhanden, mit denen diese Anzahl unterhalten werden könnte. Die Landarbeiter können nicht so plötzlich geschickter und fleißiger werden. Unkultivierter Boden kann einige Jahre lang nicht bestellt werden. Die Armeen müssen derweil entweder schnelle und gewaltsame Eroberungen machen oder sich aus Mangel an Mitteln zum Unterhalt auflösen. Geregelter Angriff oder Verteidigung kann daher von einem solchen Volk nicht erwartet werden, und seine Soldaten werden so unwissend und ungeschickt sein wie seine Bauern und Handwerker.

Alles in der Welt wird durch Arbeit erkaufte und nur unsere Leidenschaften sind der einzige Anlaß zu arbeiten. Wenn eine Nation Handwerk und mechanische Künste im Überfluß hat, studieren Grundeigentümer ebenso wie Bauern Landwirtschaft wie eine Wissenschaft und verdoppeln ihren Fleiß und ihre Aufmerksamkeit. Der Überschuß aus ihrer Arbeit ist nicht verloren, sondern wird gegen Waren für jene Annehmlichkeiten getauscht, die der Luxus die Menschen nun schätzen läßt. Dadurch bringt der Boden sehr viel mehr von den Lebensnotwendigkeiten ein, als diejenigen brauchen, die ihn kultivieren. In Zeiten des Friedens und der Beschaulichkeit dient dieser Überschuß zum Unterhalt von Handwerkern und Wegbereitern in den freien Künsten. Doch das Gemeinwesen kann ohne Schwierigkeiten viele von diesen Handwerkern zu Soldaten machen, und sie durch jenen Überfluß unterhalten, der aus der Arbeit der Bauern entsteht. Entsprechendes ist tatsächlich in allen zivilisierten Regierungen der Fall. Der Souverän stellt eine Armee auf, und was ist die Folge? Er erhebt eine Steuer. Diese Steuer zwingt alle Menschen zum Verzicht auf die Dinge, die für ihren Lebensunterhalt weniger wichtig sind. Diejenigen, die solche Waren herstellen, müssen entweder den Truppen beitreten oder sich der Landwirt-

schaft zuwenden und dadurch einige Landarbeiter aus Mangel an Umsatz zum Eintritt zwingen. Abstrakt betrachtet, vergrößern Handwerker die Macht eines Staates nur, indem sie einen Vorrat an Arbeit schaffen, den das Gemeinwesen in Anspruch nehmen kann, ohne jemanden damit des Lebensnotwendigen zu berauben. Je mehr Arbeit daher über das Notwendigste hinaus für andere Dinge eingesetzt wird, desto mächtiger ist ein Staat. Die Menschen, die mit dieser Arbeit beschäftigt sind, können nämlich leicht im Dienst der Öffentlichkeit eingesetzt werden. In einem Staat ohne Handwerker mag es zwar die gleiche Zahl an Händen geben, doch es gibt weder die gleiche Menge noch die gleiche Art von Arbeit. Alle Arbeit wird dort auf Notwendigkeiten verwandt, deren Herstellung kaum oder gar nicht eingeschränkt werden darf.

Die Größe des Souveräns und das Glück des Staates sind daher in Hinsicht auf Handel und Handwerk eng verbunden. Es ist gewaltsam und in den meisten Fällen undurchführbar, wenn man einen Landarbeiter zu großer Anstrengung zwingen wollte, damit er aus dem Boden mehr erntet, als er für den eigenen Unterhalt und den seiner Familie braucht. Stellt Waren und Bequemlichkeiten bereit, und er wird es von allein tun. Danach wird man ohne Schwierigkeiten einen Teil seiner überschüssigen Arbeit beanspruchen und ohne den erhofften Gewinn im Dienst der Öffentlichkeit einsetzen können. An Fleiß gewöhnt, wird er dies weniger schmerzlich finden, als wenn man ihn von Anfang an zu mehr Arbeit ohne jeden Gewinn gezwungen hätte. Dies gilt auch für die anderen Mitglieder des Staates. Je größer der Vorrat an Arbeit jeglicher Art ist, desto mehr kann von dem Haufen ohne eine spürbare Veränderung entnommen werden.

Man muß gestehen, daß ein öffentlicher Kornspeicher, ein Speicher für Kleidung und ein Waffenmagazin wahren Reichtum und wahre Stärke eines Staates bedeuten. Handel und Gewerbe sind in Wahrheit nichts anderes als ein Vorrat an Arbeit, der in Zeiten des Friedens und der Beschaulichkeit zur Bequemlichkeit und Befriedigung einzelner dient, doch in Notlagen des Staates teilweise zum Nutzen des Gemeinwesens verwandt werden kann. Wenn man eine Stadt zu einer Art befestigtem Lager um-

bauen und in jedem Herzen einen so kriegerischen Geist und solch eine Leidenschaft für das öffentliche Wohl entfachen könnte, daß jeder für das Gemeinwesen freiwillig die größten Härten auf sich nehmen würde, dann wären diese Gefühle wie in der Antike ein ausreichender Ansporn für Fleiß und könnten die Gemeinschaft erhalten. In diesem Fall wäre es von Vorteil, wenn man – wie in Lagern – alle Künste und allen Luxus verbieten sowie Ausrüstung und Verpflegung einschränken würde, so daß Vorräte und Futtermittel länger ausreichen, als wenn die Armee mit einem überflüssigen Troß belastet wäre. Diese Prinzipien sind jedoch zu uneigennützig und zu schwer durchzusetzen, und die Menschen müssen daher durch andere Leidenschaften regiert und mit dem Geist der Habsucht, des Fleißes, der Kunst und des Luxus erfüllt werden. In diesem Fall wäre das Lager durch einen überflüssigen Troß belastet, doch im Verhältnis dazu strömen auch mehr Vorräte herein. Die Harmonie des Ganzen bleibt erhalten, und da der natürlichen Neigung des Geistes stärker entsprochen wird, kommen bei der Beachtung dieser Maximen Individuen ebenso wie das Gemeinwesen auf ihre Rechnung.

Die gleiche Argumentationsmethode wird uns die Vorteile ausländischen Handels verdeutlichen, welcher die Macht des Staates ebenso wie den Reichtum und das Glück der Einwohner vergrößert. Der Vorrat an Arbeit in der Nation vergrößert sich dadurch, und der Souverän kann einen so großen Teil davon im Dienst der Öffentlichkeit einsetzen, wie er für nötig hält. Der Außenhandel liefert durch seine Importe Material für neue Handwerke, und durch den Export schafft er Arbeit in bestimmten Waren, die zuhause nicht verbraucht werden können. Kurz gesagt, in einem Königreich mit umfangreichem Import und Export herrscht größerer Fleiß, der auf Annehmlichkeiten und Luxus verwandt wird, als in einem Königreich, welches sich mit seinen einheimischen Waren begnügt. Das erstgenannte Königreich ist mächtiger und auch reicher und glücklicher. Die Waren nutzen jedem einzelnen, indem sie Sinne und Geschmack befriedigen. Auch die Öffentlichkeit profitiert, wenn ein größerer Vorrat an Arbeit auf diese Weise für den Fall einer Notlage ange-